

Es schadet den Grünen, wenn die Skepsis in Umfragen steigt und sie keine guten Antworten haben

geschrieben von Andreas Demmig | 20. September 2025

Von Jo Nova

Es muss sie wahnsinnig machen, wenn rückständige Hinterwäldler-Bauern sich weigern, die Fledermäuse tötenden Windräder als leuchtende Totems gegen schlechtes Wetter zu sehen. Diese Undankbarkeit! (Wie könnten sie Hochspannungsleitungen nicht mögen!)

Angriffe auf den DOE-Klimareport sind eine Komödie der Kritik

geschrieben von Chris Frey | 20. September 2025

[David Wojick](#)

Auf den Wissenschaftsbericht des DOE [des US-Energieministeriums], in dem behauptet wird, dass die Auswirkungen von CO₂ auf das Klima übertrieben sind, folgte schnell ein massiver alarmistischer Bericht. Der alarmistische Bericht behauptete, den DOE-Bericht zu widerlegen, und die Presse berichtete pflichtbewusst darüber.

Bei genauer Betrachtung finde ich diese Behauptung nicht einmal annähernd wahr. Tatsächlich erscheint sie mir lächerlich. Wohlgemerkt handelt es sich hierbei um eine vorläufige Erkenntnis, da die beiden Berichte zusammen etwa 600 Seiten umfassen. Ich habe einfach das wohl wichtigste Kapitel des DOE-Berichts herangezogen und die beiden Berichte daraufhin verglichen.

Es handelt sich um das Kapitel über die CO₂-Empfindlichkeit, also darum, wie stark sich die Erde (theoretisch) erwärmen würde, wenn sich die Konzentration in der Atmosphäre verdoppeln würde. Dies ist ein praktischer Messwert, der häufig verwendet wird, um die potenziellen negativen Auswirkungen eines Anstiegs des CO₂-Gehalts zu bewerten.

Ich habe mir zuerst den DOE-Bericht angesehen, dann den alarmistischen Bericht, gespannt darauf, wie sie die DOE-Version widerlegen würden. Stattdessen stellte ich fest, dass sie mit keinem einzigen Punkt des DOE-Berichts nicht einverstanden waren. Keine Fälschung, keine

Widerlegung, nicht einmal eine einfache Meinungsverschiedenheit. Nichts!
Ich konnte nicht aufhören zu lachen.

Bei näherer Betrachtung ist dies nicht überraschend, denn was der DOE-Bericht sagt, ist einfach und allgemein bekannt. Er weist darauf hin, dass die Bandbreite der Sensitivitätsschätzungen größer und nicht kleiner wird, dass einige der Modelle so heiß gelaufen sind, dass der IPCC ihre Ergebnisse nicht mehr akzeptiert, dass die auf Beobachtungen basierenden Schätzungen viel niedriger sind als die Modellschätzungen und dass die Sensitivität geringer sein könnte als vom IPCC angenommen.

Der alarmistische Bericht enthält zwar viel Kritik, aber diese ist rein redaktioneller und nicht wissenschaftlicher Natur. Im Grunde genommen wünschen sich die Alarmisten, dass der DOE-Bericht etwas anderes sagen würde – was keine Überraschung ist. Sie behaupten, der Bericht würde die Wissenschaft „falsch darstellen“ (weil er nicht alarmistisch ist), obwohl alles, was darin steht, wahr ist.

Sie führen sechs konkrete Kritikpunkte an. Diese sechs sind wissenschaftlich irrelevant, aber einige sind tatsächlich falsch. Zum Beispiel sagen sie, der DOE-Bericht ignoriere, dass es mehrere Beweislinien gibt, obwohl das Kapitel tatsächlich mit einer Diskussion genau dieser Tatsache beginnt.

Tiefergehend sagen sie, dass der Bericht die vorübergehende Empfindlichkeit (Jahrzehnte) zugunsten der Gleichgewichtsempfindlichkeit (Jahrhunderte) ignoriert. Das ist erstaunlich falsch, denn das Kapitel endet mit einem Abschnitt, in dem darauf hingewiesen wird, dass die vorübergehende Empfindlichkeit sowohl besser als auch viel geringer ist als die Gleichgewichtsempfindlichkeit. Das ist ein zentraler Punkt des Kapitels.

In beiden Fällen ist „ignoriert“ ihr Wort, nicht meines, und eindeutig falsch. Umgekehrt schreiben sie dem DOE-Bericht auch Behauptungen zu, die darin nicht enthalten sind. Annahmen zu treffen, die nicht ausdrücklich gemacht werden, ist eine häufige Tendenz unter denen, die anderer Meinung sind.

Der alarmistische Bericht trägt den großspurigen Titel „Climate Experts' Review of the DOE Climate Working Group Report“ (Überprüfung des Berichts der DOE-Klimagruppe durch Klimaexperten) und ist [hier](#) verfügbar.

Der DOE-Bericht – „Eine kritische Überprüfung der Auswirkungen von Treibhausgasemissionen auf das Klima in den USA“ – ist [hier](#) zu finden.

Die alarmistische Website listet stolz einige der lächerlichen Presseberichte auf, die sie erhalten hat. Zum Beispiel:

„85 Klimawissenschaftler widerlegen den Bericht der Trump-Regierung, der den Klimawandel herunterspielt“ (The Hill)

„Wissenschaftlich nicht glaubwürdig': Wissenschaftler lehnen Klimabericht der Trump-Regierung ab“ (LA Times)

„Klimaforscher reichen eine öffentliche, Punkt für Punkt gegründete Gegendarstellung zum Bericht der Trump-Regierung ein, der Zweifel am Klimawandel sät“ (CNN)

Das ist alarmistischer Unsinn in Reinform, ein perfektes Beispiel dafür, warum die Gefährdungsfeststellung der EPA widerrufen werden sollte. Das ist alles nur Hype.

Link:

<https://www.cfact.org/2025/09/15/attack-on-doe-climate-report-is-a-comedy-of-criticism/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Deutschlands Stromversorgung wird zur Sollbruchstelle – von Fritz Vahrenholt

geschrieben von AR Göhring | 20. September 2025

Auch wenn sich die globale Temperatur gegenüber dem Juli kaum geändert hat, bleibt der Abkühlungstrend doch intakt. Die amerikanische Ozean- und Atmosphärenbehörde NOAA sieht für diesen Winter eine kühle LA NINA im Pazifik aufziehen, was zu einem Rückgang auch der globalen Temperaturen führen wird. Die Abweichung vom langjährigen Mittel der Satellitenmessungen beträgt im August 0,39 Grad Celsius.

Der Offenbarungseid über die deutsche Stromversorgung

„Die Energiewende steht am Scheideweg“. So beginnt Ministerin Katharina Reiche Ihre Analyse der deutschen Energiepolitik bei der Vorstellung des jährlichen Monitoring-Berichts zur Energiewende am 15.9.2025. Seit 15 Jahren, in denen die klimaschutzorientierte Energiewende von allen Bundesregierungen als alternativlos gefeiert wurde, wagt es Katharina Reiche, darauf hinzuweisen, dass die Energiewende sich nicht hinreichend um die Versorgungssicherheit und die Bezahlbarkeit gekümmert habe: „Verlässlichkeit, Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit muss ins Zentrum gerückt werden.“ Und weiter: „Eine ehrliche Bestandsaufnahme ist unumgänglich.“

Was hatten wir bis jetzt? Die Bürger in Deutschland wurden systematisch falsch über die Folgen der Energiewende informiert. Wie schrieben die ostdeutschen Betriebsräte kürzlich an den Kanzler: „die politischen Versprechungen eines grünen Wirtschaftswunders sind nur Schall und Rauch. Realität ist, dass noch nie soviel gute Arbeitsplätze bedroht sind wie heute.“

Die Ministerin knüpft in Ihrem lesenswerten 10-Punkte-Programm an diese Kritik an: „Die Energiewende kann nur durch Pragmatismus und Realismus gelingen.“

Ja, alles, was bisher an Träumereien von den politischen Religionsführern der Energiewende wie Röttgen, Altmaier, Gabriel und Habeck verzapft worden ist, ist fern von jeder Realisierbarkeit. Wir haben Sie noch im Ohr:

Röttgen sah 2010 in Erneuerbaren Energien und Grundlast einen fundamentalen Widerspruch: „Man muss sich entscheiden, man kann nicht beide Wege gleichzeitig gehen. Aus Investitionsgründen, aber auch, weil das ökonomische Konzept der Grundlast-Kraftwerke – Kernenergie insbesondere – ökonomisch inkompatibel mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien ist.“

Über Altmaier titelte der Spiegel : Altmaier schließt Kernenergie für alle Zeiten aus. Das Endlager versprach er für 2030.

Gabriel 2017 zur Energiewende : Davon profitieren langfristig alle: Wirtschaft, Politik und vor allem Verbraucher.

Großmeister Habecks Fehleinschätzungen haben Deutschland viel Wohlstand gekostet: „Die Debatte um das Gebäudeenergiegesetz,... war ja auch ehrlicherweise ein Test, wie weit die Gesellschaft bereit ist, Klimaschutz – wenn er konkret wird – zu tragen.“

Die lesenswerten 10 Punkte der Wirtschaftsministerin sind eine schallende Ohrfeige an die Ministranten der grünen Bullerbü-Idylle von 2010 bis 2025. Reiche findet zahlreiche „Leerstellen“ in der bisherigen Energiewendepolitik, vor allen Dingen ist nach ihren Worten der tatsächlichen Zahlungsfähigkeit von Industrie, Gewerbe und Haushalten zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden. Auch der öffentliche Finanzbedarf sei noch nicht belastbar berechnet worden. Sie fordert mehr Markt und mehr Technologieoffenheit. Ein klares Urteil über den Eingriff der Vorgängerregierung mit der Abschaltung von 6 Kernkraftwerken, die zu 2,5 Eurocent pro Kilowattstunde Strom produzierten. Diplomatisch formuliert sie: „Der Ausstieg aus der Kernenergie und das schrittweise Abschalten der Kohleverstromung bis 2038 ist ambitioniert; stabile, verlässliche Grundlastkraftwerke müssen als Rückgrat der Versorgung neu aufgebaut werden.“ Damit meint Sie vor allen Dingen die etwa 50 bis 70 Gaskraftwerke, die nun mit hohen Subventionen errichtet werden sollen. Zutreffend stellt sie weiter fest, dass Solar- und Windkraftwerke häufig über den Bedarf produzieren. Das bedeutet, dass bei Überproduktion

Solaranlagen und Windkraftwerke kostenträchtig abgestellt werden müssen oder als Abfallstrom über die Grenzen mit Milliardenzuzahlungen verschenkt werden. Im Monitoringbericht 2025 (S.68) sieht man die ganze Fehlentwicklung in seiner ganzen Pracht:

Im 1. Halbjahr stieg der Anteil der erzeugten Strommenge an Photovoltaik, der zu negativen Preisen eingespeist wird, auf 29 %! Fast ein Drittel des erzeugten Photovoltaik-Stroms ist praktisch wertlos und wird trotzdem bislang mit Milliardenbeträgen vergütet.

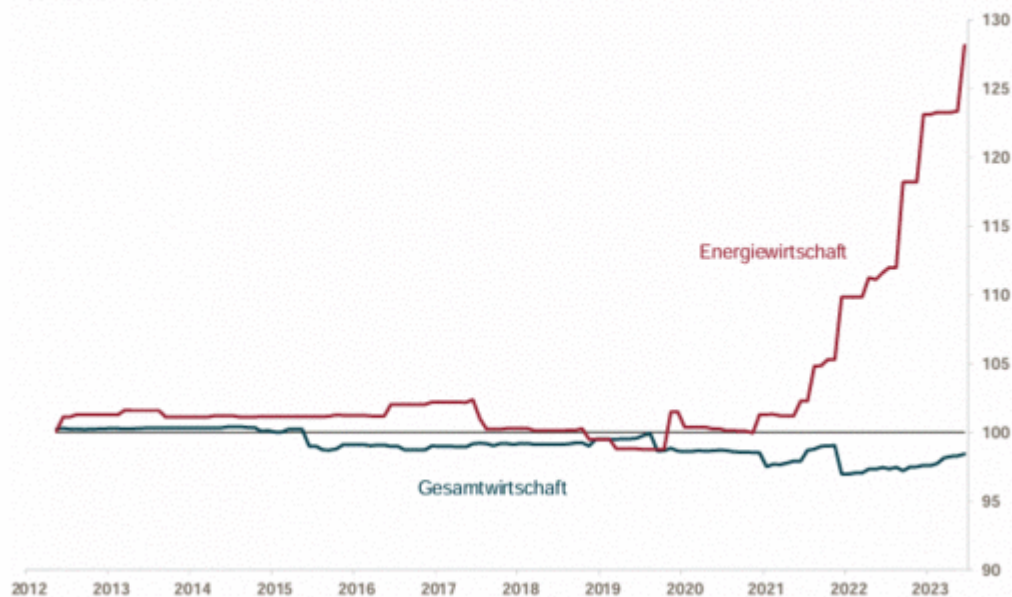
Auch die Dunkelflaute ist bei der Ministerin eine Erwähnung wert: „In Zeiten von wenig Wind und Sonne kann die Lücke nur durch fossile Erzeuger oder Importe geschlossen werden.“ Und sie räumt auch mit dem Märchen von Franz Alt auf, das ganze Heerscharen von grün-angehauchten Journalisten unters Volk gebracht haben: Die Sonne schickt keine Rechnung. Reiche: „Die Annahme, dass Strom aus erneuerbaren Energien praktisch zum Nulltarif zur Verfügung gestellt werden kann, ist bei Berücksichtigung des Gesamtsystems falsch – durch diese verkürzte Sichtweise entstehen enorme wirtschaftliche Risiken.“ Wer von den vier oben genannten klimapolitischen Religionsführern hat jemals die außer Rand und Band geratenen Systemkosten für Erneuerbare Energien thematisiert?

Über verlorenene Industriearbeitsplätze kein Wort

Die größte Änderung nimmt Ministerin Reiche in der Schätzung des Strombedarfs bis 2030 vor. Während die Ampelkoalition noch von 750 Terawattstunden träumte, liegt ihre Schätzung im unteren Bereich von 600 bis 700 Terawattstunden, weil sie einen schwächeren Hochlauf von E-Autos, Wärmepumpen aber auch den Rückgang der energieintensiven Industrie in Deutschland berücksichtigte. Eine Zielerfüllung durch Abbau der Industriearbeitsplätze sollte die Wirtschaftsministerin mit Sorgen erfüllen. Stattdessen findet sie kein Wort in Ihrem 10 Punkte-Plan über den seit Jahren anhaltenden Verlust an Industriearbeitsplätzen durch die Energiewende.

Reiche kritisiert dagegen zu Recht die überbordende Bürokratie in der Energiepolitik. Über 15 000 Rechtsnormen führen die Teilnehmer am Energiemarkt zu administrativer Überforderung. Der vor kurzem erschienene Bericht von Frontier economics „Neue Wege in der Energiewende“ quantifiziert: „die energiewende-getriebene Bürokratie verursacht allein auf Bundesebene geschätzt jährlich rund 10 Mrd. € an Bürokratiekosten“. Die nächste Grafik zeigt diesen rasanten Anstieg der Bürokratiekosten seit 2017.

Bürokratiekostenindex
Jan 2012 = 100



Das Fazit der Ministerin : Kein Unternehmen, kein Produkt, keine Idee darf am Strompreis scheitern!

Doch das genau passiert im Augenblick. Jede Woche gibt es Meldungen über Stilllegungen von Industriebetrieben oder Verlagerungen ins Ausland auf Grund zu hoher Energiekosten. Noch in der Koalitionsvereinbarung hieß es im Hinblick auf die Entwicklung der Künstlichen Intelligenz „Wir stärken den Rechenzentrumsstandort Deutschland als Leuchtturm Europas.“ Wenige Monate später übersteigt nach Angaben der Mainova die Nachfrage an Netzanschlüssen für Rechenzentren im Frankfurter Netzgebiet – 1/3 der Leistung aller Rechenzentren ist hier konzentriert – das verfügbare Leistungsangebot. E.DIS, Verteilnetzbetreiber in Brandenburg und Mecklenburg- Vorpommern liegen 170 Anfragen für Rechenzentren mit einer Leistung von je 20 bis 320 MW vor, von der die Mehrzahl nicht bedient werden kann. Der Westnetz GmbH, dem größten Verteilnetz Deutschlands, liegen für NRW, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen Anfragen von Rechenzentren in Höhe von 10 000 MW vor. Die gesicherte Leistung sowie die Netzkapazität fehlen weitgehend. KI -Zentren, die gesicherte Leistung rund um die Uhr benötigen, werden an Deutschland vorbeigehen.

Die politische Sollbruchstelle der Energiewende

Die Versorgungssicherheit wird zur politischen Sollbruchstelle. Das zeigt auch die jüngste Studie von PWC. Danach drohen der deutschen Stromversorgung in den kommenden Jahren massive Engpässe. Der Studienverfasser Andree Gerken hat berechnet, dass ab dem Jahre 2035 ein

Versorgungsdefizit in der Hälfte aller Stunden eines Jahres droht. Die Studie spricht von einem „komplexen Marktversagen“, das sich durch die steigende Stundenzahl von negativen Strompreisen an der Börse zeige. Doch die Dunkelflaute ist das noch größere Problem. Mittlerweile importiert Deutschland nach dem Kernenergieausstieg 6 % des Strombedarfs, Tendenz steigend mit jedem weiteren stillgelegten Kohlekraftwerk. Batteriespeicher sind keine Lösung für länger anhaltende Dunkelflauten. Da helfen laut Studie nur der Bau von Gaskraftwerken. Es könne aber „zehn oder sogar fünfzehn Jahre dauern, bis solche Anlagen in Betrieb gehen. Unter anderem weil es weltweite Engpässe bei Gasturbinen gibt.“

Deutschland steuert auf eine Versorgungslücke zu

Zu diesem Ergebnis kommt auch das jährliche Versorgungssicherheitsmonitoring der Bundesnetzagentur. „Die Versorgungssicherheit in Deutschland ist gewährleistet, wenn bis 2035 zusätzliche steuerbare Kapazitäten von 22 400 MW (Zielszenario) bis zu 35 500 MW (Verzögerte Energiewende) errichtet werden,“. Schon 2030 fehlen 17 bis 21 000 MW.

Bundeswirtschaftsministerin Reiche weist im Begleitschreiben zur Kabinetttvorlage ihre Ministerkolleginnen und -kollegen darauf hin, dass es „unter bestimmten Annahmen zur einer Versorgungslücke kommen könne“ . Im Jahre 2030 könnte die Stromnachfrage „in wenigen Stunden am Strommarkt nicht vollständig gedeckt werden“. Schon Robert Habeck hatte in seinem Entwurf des Kraftwerkssicherheitsgesetzes 12 500 MW Gaskraftwerke gefordert. Die Koalitionsvereinbarung vom Mai 2025 sprach dann von 20 000 MW fehlender gesicherter Leistung, die durch Gaskraftwerke gedeckt werden müsse. Nun sind es 22400 bis 35 000 MW, die zugebaut werden sollen.

Denn bis 2035 sollen folgende Kohlekraftwerke vom Netz:

Weisweiler, Jänschwalde, Boxberg, Niederaußem, Neurath, Schkopau, Lippendorf, Altbach, Heilbronn, Herne, Bergkamen, Rostock, Karlsruhe, Hamburg-Tiefstack, Wilhelmshaven, Berlin-Reuter, Walsum-Duisburg, Gelsenkirchen-Scholven, Staudinger, Groß-Krotzenburg, Weiher-Saarland, Bexbach, Zolling, Völklingen, Mannheim, Karlsruhe-Rheinhafen 7.

Der Chef des Übertragungsnetzbetreibers Amprion, Christoph Müller sieht unangenehme Entwicklungen schon im Herbst diesen Jahres. Er kann sich vorstellen, dass es zu hohen Strompreisen kommt.

Auch kontrollierte Lastabschaltungen, also Unterbrechungen bei der Stromversorgung von Betrieben, hält er für möglich, wenn auch nicht zwangsläufig im kommenden Herbst. „Unsere Handlungen werden der Situation angemessen, aber nicht schön sein“, so der Energiemanager. Dazu würden „vordefinierte Gruppen“ vorgewarnt, dass bei ihnen am nächsten Tag für eine gewisse Zeit der Strom abgeschaltet wird, so

Müller weiter. Etwa für eineinhalb Stunden. „Krankenhäuser müssten auf Notstrom ausweichen und vielleicht auch Operationen verschieben, Supermärkte ihre Läden schließen, Industriebetriebe vielleicht eine Produktionslinie pausieren.“ Vor dem Hintergrund dieser Aussage ist die Stilllegung der letzten sechs Kernkraftwerke durch Habeck, Scholz und Lindner ein schwerer nicht wiedergutzumachender Verstoss gegen den Amtseid, den die drei abgelegt haben.

LNG-Erdgaskraftwerke produzieren mehr CO₂ als Kohlekraftwerke

Die grüne Traumwelt ist geplatzt, übrig bleiben Milliardenkosten und ein Versorgungsrisiko, schreibt Heinz Steiner in report 24. Die fehlenden 35 000 MW Gaskraftwerkskapazität bedeuten übrigens 70 neue Gaskraftwerke. Sie müssen mit zusätzlichen LNG-Importen befeuert werden. Kommen die LNG aus Übersee, so ist der umgerechnete äquivalente CO₂-Ausstoss der Kette Erdgasförderung-LNG-Verflüssigung-Transport-Verbrennung im Gaskraftwerk sogar größer als die CO₂-Emissionen der stillzulegenden Kohlekraftwerke.(Howarth 2024)

Die Kosten für 15 000 MW Gaskraftwerke wurde in 2024 mit etwa 27 Mrd. € nötiger Subventionen beziffert. Für 35 000 MW Gaskraftwerke wären es über 60 Milliarden €. Falls die EU die Subventionen durch den Steuerzahler aus dem Bundeshaushalt nicht genehmigt, müsste der Strom in Deutschland mit einer weiteren Abgabe in Höhe von 3,7 €ct/kWh belegt werden. Soviel zu den Sprüchen, dass Solar und Wind die Stromerzeugung immer günstiger macht.

Die Gesamtkosten der Energiewende bis 2045 beziffert Frontier economics mit 4800 bis 5400 Milliarden Euro. Dem DIHK-Präsident Peter Adrian ist zuzustimmen, wenn er sagt, es brauche dringend ein Umdenken in der Energiepolitik. Aber wir brauchen nicht nur ein Umdenken, wir brauchen ein Umsteuern. Dies wird aber erst möglich sein, wenn wir uns von den selbstzerstörerischen Zielen des europäischen Alleingangs in der Klimapolitik lösen.

Europa: KI-Entwicklung oder *Net Zero*?

geschrieben von Chris Frey | 20. September 2025

[Steve Goreham](#)

Europäische Nationen kündigten Pläne zur Förderung künstlicher Intelligenz an. Nationale Regierungschefs gaben KI-Ausgabenziele in Höhe von insgesamt Hunderten Milliarden Euro bekannt, um zu den Vereinigten

Staaten aufzuschließen. KI erfordert jedoch enorme Mengen an Strom, was im Widerspruch zu Europas Verpflichtung steht, ein CO₂-neutrales Stromnetz zu erreichen.

Seit ChatGPT im November 2022 seinen KI-Chatbot auf den Markt gebracht hatte, hat künstliche Intelligenz einen Boom erlebt. In nur zwei Jahren wurde die KI-Revolution zur treibenden Kraft in der US-amerikanischen Hightech-Industrie. Amazon, Google, Meta, Microsoft und andere Unternehmen werden in diesem Jahr über 100 Milliarden US-Dollar für den Bau und die Modernisierung von Rechenzentren ausgeben, um KI zu betreiben. NVIDIA, der dominierende Anbieter von KI-Grafikprozessoren (GPUs), wurde zum wertvollsten Unternehmen der Welt, dessen Marktkapitalisierung in weniger als drei Jahren von 300 Milliarden Dollar auf 4,3 Billionen Dollar [stieg](#).

Künstliche Intelligenz erfordert enorme Mengen an Strom. KI-Prozessoren laufen rund um die Uhr und ermöglichen es Computern, wie Menschen zu denken. Wenn Server für die Unterstützung von KI aufgerüstet werden, verbrauchen sie sechs- bis zehnmal mehr Strom als bei der Nutzung für Cloud-Speicher und das Internet. Rechenzentren [verbrauchten](#) Anfang 2024 4 % des Stroms in den USA, aber es wird erwartet, dass ihr Verbrauch innerhalb des nächsten Jahrzehnts auf 20 % steigen wird.

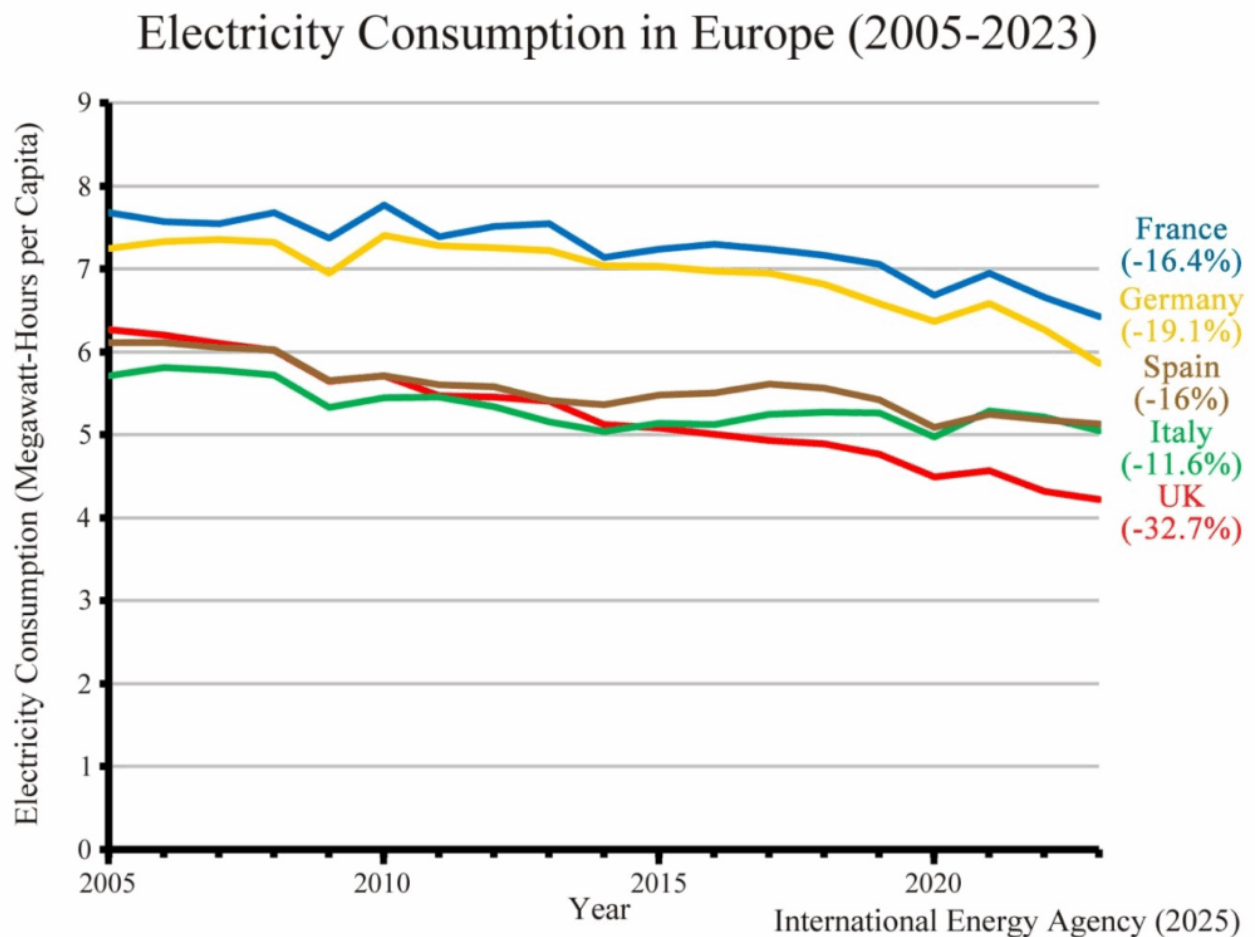
Der Bedarf an neuen Erzeugungskapazitäten für KI [treibt](#) derzeit die US-Strommärkte an. Die Stilllegung von Kohlekraftwerken wurde in Georgia, Indiana, Illinois, Tennessee, Utah, West Virginia und anderen Bundesstaaten verschoben. In Iowa, Michigan und Pennsylvania werden Kernkraftwerke wieder in Betrieb genommen. Dutzende kleiner modularer Reaktoren befinden sich in der Planungsphase. Mehr als 200 Gaskraftwerke sind in Planung oder im Bau, darunter mehr als 100 in Texas. Unternehmen, die KI-Rechenzentren errichten, bauen ihre eigenen Kraftwerke vor Ort, da sie nicht auf Strom aus dem Netz warten wollen. Das Streben nach künstlicher Intelligenz [ersetzt](#) rasch die veralteten Netto-Null-Richtlinien der USA.

Seit mehr als 25 Jahren erlässt Europa Maßnahmen zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen (THG), um den gefährlichen, vom Menschen verursachten Klimawandel „abzumildern“. Der Europäische Green Deal von 2019 [zielt](#) darauf ab, Europa zum ersten „klimaneutralen Kontinent“ zu machen. Das Europäische Klimagesetz von 2021 [verleiht](#) dem Europäischen Green Deal Rechtskraft und fordert eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 55 % bis 2030 und die Erreichung der Netto-Null-Emissionen bis 2050. Die Länder haben Wind- und Solaranlagen installiert und traditionelle Kraftwerke geschlossen, um die Emissionen zu reduzieren. Heute [stammt](#) etwa ein Drittel des Stroms in Europa aus erneuerbaren Energien.

Es ist nicht klar, ob die Bemühungen Europas zur Emissionsreduzierung einen messbaren Einfluss auf die globalen Temperaturen haben werden, aber es ist klar, dass die Politik die Energieverfügbarkeit verringert

und die Kosten erhöht hat. Im Jahr 2000 **produzierte** Europa 56 Prozent seines Erdgases und 44 Prozent seines Erdöls. Aber die Region entschied sich dafür, in Wind- und Solarenergie zu investieren, anstatt durch Fracking die Öl- und Gasproduktion anzukurbeln. Bis 2021 produzierte Europa nur noch 37 Prozent seines eigenen Gases und 25 Prozent seines Erdöls, wobei steigende Importe die Energiepreise in die Höhe trieben.

Dänemark und Deutschland haben die höchste Dichte an Windkraftanlagen weltweit, leiden jedoch unter Strompreisen für Privathaushalte, die dreimal so hoch sind wie in den USA. Höhere Energiepreise zwingen weiterhin Unternehmen aus den Bereichen Düngemittel, Metalle, Automobil und anderen Industriezweigen dazu, Werke im Ausland statt in Europa zu errichten. Der Pro-Kopf-Stromverbrauch ist in Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien und dem Vereinigten Königreich in den letzten zwei Jahrzehnten zurückgegangen. Dennoch will Europa künstliche Intelligenz vorantreiben und gleichzeitig weiterhin versuchen, Netto-Null-Energieziele zu erreichen.



Im Februar **kündigte** der französische Präsident Emmanuel Macron 109 Milliarden Euro zur Förderung der künstlichen Intelligenz in Frankreich an und argumentierte, sein Plan sei ebenso ehrgeizig wie der „**Stargate-Plan**“ von US-Präsident Donald Trump. Macron wies darauf hin, dass Frankreich aufgrund seiner Kernkraftwerke der größte Stromexporteur Westeuropas sei. Es ist jedoch möglich, dass Präsident Macron den Umfang

des Strombedarfs neuer Rechenzentren nicht versteht. Das neue **Meta-Rechenzentrum** im Norden von Louisiana wird nach seiner Fertigstellung im Jahr 2030 so viel Strom verbrauchen wie zwei Drittel der Stadt Paris, und zukünftige Erweiterungen des Standorts werden den Verbrauch von Paris noch übersteigen.

Erst letzten Monat **kündigte** Marine Le Pen von der konservativen Oppositionspartei an, dass sie im Falle ihrer Wahl in ganz Frankreich Klimaanlage installieren werde. Etwa drei Viertel der französischen Gebäude verfügen über keine Klimaanlage, darunter viele Schulen und Krankenhäuser. Der Pro-Kopf-Stromverbrauch in Frankreich ist seit 2005 um 16 Prozent gesunken.

Vor zwei Jahrzehnten exportierte Deutschland noch Strom, doch Bundeskanzlerin Angela Merkel schloss mehr als 30 Kernkraftwerke, sodass Deutschland heute Strom importiert. Dennoch **plant** der derzeitige Kanzler Friedrich Merz, Subventionen für den Bau von Rechenzentren mit 100.000 GPUs von NVIDIA bereitzustellen. Der Pro-Kopf-Stromverbrauch in Deutschland ist seit 2005 um 19 % gesunken.

Im Juni erklärte der britische Premierminister Keir Starmer, dass künstliche Intelligenz eine „bessere Zukunft“ schaffen kann, und **kündigte** staatliche Fördermittel für KI an. Aber Großbritannien ist auf dem Weg zu einer Null-Strom-Gesellschaft. Nach Angaben der Internationalen Energieagentur verbraucht der Durchschnittsbürger in Großbritannien 33 % weniger Strom als vor zwanzig Jahren. Wenn Großbritannien nicht von seinem Netto-Null-Ziel abrückt, wird das Land nicht genug Strom für KI haben.

In Irland werden Rechenzentren bis 2030 voraussichtlich 30 % des **Stromverbrauchs** des Landes ausmachen. Aufgrund von Stromknappheit hat Irland jedoch kürzlich einen Baustopp für neue Rechenzentren verhängt.

Im Rahmen der Umstellung auf Netto-Null beabsichtigen die europäischen Staaten, grünen Wasserstoff als Brennstoff für die Industrie zu nutzen. Grüner Wasserstoff wird jedoch durch Elektrolyse von Wasser unter Verwendung großer Mengen an Strom aus Wind- und Sonnenenergie hergestellt. Die Herstellung eines Kilogramms grünen Wasserstoffs durch Elektrolyse **erfordert** 50 bis 55 Kilowattstunden Strom, etwa 20 Mal so viel wie ein britischer Haushalt täglich verbraucht. Es würden Millionen Kilogramm Wasserstoff benötigt. Fazit: Es wird nicht genug Strom geben, um große Mengen an grünem Wasserstoff zu produzieren.

Wenn Europa nicht auf Netto-Null und andere Bemühungen zur Umstellung seines Stromnetzes auf Wind- und Solarenergie verzichtet, wird KI scheitern. Wind- und Solarenergie sind intermittierend, während KI-Rechenzentren rund um die Uhr an sieben Tagen in der Woche mit Strom versorgt werden müssen. Erneuerbare Energien sind Systeme mit geringer Dichte, die große Flächen für die Errichtung und zwei- bis dreimal so viel Übertragungsinfrastruktur wie herkömmliche Kohle-, Gas- oder

Kernkraftwerke erfordern. Wind- und Solarprojekte warten jahrelang auf den Anschluss an das Stromnetz, während Gaskraftwerke schnell neben dem Standort des Rechenzentrums gebaut werden können.

Wenn Europa im Bereich der künstlichen Intelligenz wettbewerbsfähig sein will, muss es seine Netto-Null-Politik aufgeben.

[Hervorhebungen vom Übersetzer]

This article originally appeared at [Master Resource](#)

Link:

<https://www.cfact.org/2025/09/14/europe-ai-development-or-net-zero/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Die arme Frau Reiche: Bloß nicht Bankrott sagen!

geschrieben von Admin | 20. September 2025

Eigentlich tut mir die neue Wirtschaftsministerin Katherina Reiche ein bisschen leid. Sie muss jetzt Dinge über die Energiepolitik sagen, von denen sie weiß, dass die Wahrheit im Text so verklausuliert versteckt ist, dass nicht einmal Fachleute sie noch erkennen können.

von Manfred Haferburg

Katherina Reiche muss Ziele verkünden, von denen sie weiß, dass sie unerreichbar sind. So schlicht, dass sie das nicht wüsste, ist sie auf keinen Fall. Sie hat ein Chemiestudium an erstklassigen Hochschulen erfolgreich abgeschlossen, das ist kein dünnes Brett.

Aber sie ist seit dem 6. Mai 2025 Bundesministerin für Wirtschaft und Energie im Kabinett Merz. Und im Bundeskabinett gelten wohl eher die Regeln über Realitätswahrnehmung und die Definition von Wahrheit von Merz und Klingbeil. Und wenn sie Ministerin bleiben will, um etwas zu verbessern, hält sie sich irgendwie daran.

Man kann Frau Reiche für die Energiewende-Misere nicht verantwortlich machen. Man konnte bei ihr schon manchmal den Versuch erahnen, die schlimmsten Fehler der Energiewende wenigstens anzusprechen. Die begangenen Schandtaten stammen ja nicht von ihr, sie muss sie nur ausbaden. Das wird auch der AfD so ergehen, wenn sie an die Regierung

kommen sollte. Und Reiche ist von einem ganzen Heer von Energiewende-Ideologen und Energiewende-Nutznießern in allen möglichen Ämtern, Funktionen, Medien und Kabinettsälen umzingelt, die auf Biegen und Brechen die Energie zu ihrem eigenen Nutzen wenden wollen. Mission impossible, besonders mit einem Chef wie Friedrich Merz.

Ich hörte beispielsweise zwischen Reiches Zeilen heraus, dass sie den Wildwuchs beim Ausbau von Solarenergie stoppen will. Und schon heulen die Energiewender auf und erfanden den Schimpfnamen „Gas-Katie“, um sie zu verunglimpfen. Jeder noch so zaghafte Versuch von ihr, einen der Geburtsfehler der Energiewende zu korrigieren, wird mit einem veritablen Schei...sturm beantwortet werden. Reiche weiß beispielsweise, dass im Jahr 2024 irre 29 Prozent des Solarstroms mit negativen Strompreisen produziert wurden. Das ist Strom, den keiner braucht. Fast ein Drittel! Und die installierte Leistung Solar soll in den nächsten Jahren mehr als verdoppelt werden. Man darf gespannt sein, wie lange die Frau das aushält.

Energiewende! Effizient! Machen!

Katherina Reiche stellt die Ergebnisse des 260-seitigen Monitoring-Berichtes zum Start der 21. Legislaturperiode unter dem sehr seltsamen Titel „Energiewende. Effizient. Machen“ im Duktus eines Insolvenzverwalters vor.

Insgesamt haben an dem Bericht 31 Konsultanten gearbeitet, nämlich Mitarbeiter vom EWI (Energiewirtschaftliches Institut an der Universität zu Köln) und BET (BET Consulting GmbH). Da fragt man sich unwillkürlich: „Was machen eigentlich die 2.187 Personen, die hauptamtlich im Bundeswirtschaftsministerium arbeiten, beruflich?“ Die Konsultanten haben jedenfalls das Deckblatt ihres Dokuments mit vier Hieroglyphen verziert, von denen ich nur eine deuten kann. Doch die Entzifferbarkeit des Inhaltes des Dokuments steht den kryptischen Zeichen auf dem Deckblatt in nichts nach.

Reiche beginnt bei der Vorstellung des Monitoringberichtes mit einem Bekenntnis. Die schwarz-rote Bundesregierung setzt die Klimapolitik der Ampel nahtlos fort. So Illusorisch dies auch ist, 80 Prozent Strom aus Erneuerbaren bis 2030, Kohleausstieg bis 2038 und „Klimaneutralität“ bis 2045 zu erreichen, also noch fünf Jahre früher, als der Europäische Green Deal fordert. Dies sagt sie, genau wissend, dass der aktuelle Monitoringbericht zeigt: Die meisten explorativen Szenarien verfehlen das 2045-Ziel deutlich, insbesondere beim Strombedarf, Netzausbau und Wasserstoffhochlauf. Wer sich die Mühe macht, die 260 Seiten des Berichts zu lesen, bemerkt, dass Frau Reiche gerade die mit viel frischen Blumen geschmückte Bankrotterklärung der Energiewende verkündet.

Beim Strombedarf im Jahre 2045 kommt der erste schönfärberische Rechenrick. Im Monitoringbericht steht, dass „*bei einem moderateren*

Anstieg der Stromnachfrage (Anm. des Verfassers im vgl. mit heute) kommt es aber zur Verfehlung der Klimaziele“. Als Strombedarf 2045 wurden 600 bis 750 TWh angesetzt. Damit der Blumenduft den Verwesungsgeruch übertrifft, rechnet die Ministerin einfach mit 600 TWh weiter. Das bedeutet aber, dass die Deindustrialisierung ungebremst weitergehen muss und der Ausbau der künstlichen Intelligenz und die Wasserstoffherzeugung (je +50TWh) aus Energiemangel unterbleiben.

Der Übertragungsnetzausbau hinkte bisher dem staatlichen Plan kläglich hinterher. Das wird auch so bleiben, dafür sorgen schon die Unzahl der Bürokraten und Leute, die vor ihrem Fenster keine Freileitung sehen wollen. Die Kostensteigerungen bei der Umsetzung des Netzentwicklungsplans (NEP) 2037/2045 (Version 2023) werden von 320 auf 440 Milliarden Euro prognostiziert. Und die Kosten für die Stromverteilungsnetze werden bis 2045 noch mal deutlich über 235 Milliarden Euro steigen. Da wären wir schon bei 675 Milliarden Euro, nur für den Netzausbau.

Nach dem Wasserstoff-Delirium kommt der Wasserstoff-Kater

Der Bericht stellt hinsichtlich des „Hochlaufens des Wasserstoffes“ fest:

„Im Gebäude- und Verkehrssektor sind die Bedarfe (für Wasserstoff – Anm. des Verfassers) in allen Szenarien nicht signifikant. Derzeit existiert kaum marktseitige Nachfrage... Die Bereitstellungskosten, insbesondere für erneuerbaren Wasserstoff, liegen deutlich über der aktuellen Zahlungsbereitschaft... Das Ziel von 10 GW heimischer Erzeugung bis 2030 erscheint angesichts der aktuellen Projektpipeline kaum erreichbar.“

Der Monitoring-Bericht stellt klar, dass Herr Habeck mit seinem „Turbo für den Wasserstoffhochlauf“ (Wasserstoffbeschleunigungsgesetz) aus dem Jahre 2024 nichts weiter als deliriert hat. Vor einem Jahr tönte Habeck: Die deutsche Wirtschaft soll dafür Investitionen in Anlagen, die Wasserstoff erzeugen und speichern können, „zügig und rechtssicher tätigen können und damit auch weltweit ihre Technologie-Führerschaft in der Wasserstoffwirtschaft ausbauen“.

Wir hier bei der Achse nannten die Habeck-Visionen das „Wasserstoff-Delirium“. Nunmehr kommt der Wasserstoff-Kater zum Vorschein. Der Steuerzahler haftet nach dem Ausscheiden des Visionärs mit etwa 18 Milliarden Euro, Geld, welches die KfW-Bank, die staatliche Förderbank, als Kredite für den Wasserstoff-Netzausbau vorgesehen hatte. Energiewende-Leugner kritisierten, dass der Bundestag darüber nur unzureichend informiert wurde und die Finanzierung teils außerhalb des

regulären Haushaltsprozesses erfolgte. Nun ist er halt weg, der Herr Habeck.

Die Stromversorgung ist sicher, wenn...

Der Monitoring-Bericht betrachtet auch die *Versorgungssicherheit* der deutschen Netze. Dazu wird lakonisch gesagt:

„Die zukünftige marktseitige Versorgungssicherheit ist unsicher und hängt maßgeblich von der Entwicklung der Nachfrage, der steuerbaren Kapazitäten und von Flexibilitäten sowie deren systemischer Interdependenz ab“. Es wird festgestellt, dass *„Ein Ausbau gesicherter Leistung sowie eine Erhöhung von Flexibilitäten bleibt unabhängig von der Nachfrageentwicklung zentral und ist zur Aufrechterhaltung des definierten Versorgungssicherheitsstandards erforderlich“.*

Und es wird hinzugefügt: „der signifikante marktgetriebene Zubau von Gaskraftwerken im ERAA und im VSM scheint ohne sonstige Anreize angesichts politischer und regulatorischer Unsicherheiten fraglich“. Das heißt, keiner außer dem Steuerzahler wird die 71 Gaskraftwerke der 500-MW-Klasse bezahlen. Kosten: geschätzte 50 Milliarden Euro.

Interessant ist auch, dass das Heizungsgesetz die Bürger zwingen will, auf eigene Kosten ihre Gasheizung gegen eine Wärmepumpe auszutauschen, die ja in Wahrheit eine Elektroheizung ist, wenn auch mit gutem Wirkungsgrad. Mit dem so frei werdenden Gas können dann staatliche Gaskraftwerke, die vom Bürger bezahlt werden, Strom für die Wärmepumpen erzeugen. Mit diesem Strom, der leider etwas teurer ist, können die Bürger dann ihr Häuschen wärmen. Da staunt der Fachmann und der Laie wundert sich.

Das Stromnetz benötigt stets eine Mindestzahl an großen rotierenden Generatoren, die durch ihre Masseträgheit die Frequenz stabilisieren. Da Solarkollektoren keine und Windräder nur minimale rotierende Massen haben, wird jetzt versucht, diese Schwankungs-Elastizität des Netzes elektronisch zu simulieren oder extrem teure Phasenschieber – das sind riesige sich drehende Maschinen – bei hundertprozentiger Erneuerbaren-Einspeisung irgendwie zu erreichen. Dazu legte die Regierung eine „Roadmap zur Systemstabilisierung“ auf. Der Monitoring-Bericht sagt dazu lakonisch: *„Der kürzlich erschienene Systemstabilitätsbericht der ÜNB identifiziert Handlungsbedarfe bei der Deckung von Momentanreserve- und Blindleistungsbedarfen sowie der Etablierung von netzbildenden Stromumrichtern“.* Soso, Handlungsbedarfe also.

Noch viel mehr Handlungsbedarfe

Im Weiteren zeigt der Monitoring-Bericht Handlungsbedarfe auf. Da wird's noch kryptischer. Besonders der Teil: „Flexibilitäten systemdienlich betreiben“ hat es in sich. Wenn Sie sich durch das Fach-Chinesisch durchgewühlt haben, bleiben einige wenige verständliche Dinge übrig. Der schöne Satz: *„Eine weitere Option ist es, in Ergänzung zur netzdienlichen Steuerung, systemdienliches Verhalten der Netznutzer über zeitvariable Strompreissignale, etwa durch dynamische Tarife oder flexible Netzentgelte, anzureizen und die Voraussetzungen für deren operative Umsetzung zu schaffen“* bedeutet, dass die Verbraucher in Zukunft mehr bezahlen müssen, wenn der Wind- und Sonnengott es so beschließen. Und der Unternehmer schickt am Morgen seine Leute mit den Worten heim: „Ich rufe Euch an, wenn es wieder bezahlbaren Strom gibt“.

Seit 35 Jahren subventionieren deutsche Steuerzahler und der Stromkunde eine Energiewende mit bisher weit über 500 Milliarden Euro. Das Resultat ist Angst vor „Strommangellagen“, „Dunkelflauten“, „Hellbrisen“, „Systeminstabilitäten“ und neuerdings auch vor politisch motivierten „Anschlägen auf die Infrastruktur“.

Die Hälfte aller Kraftwerke wurden in Schutt und Schrott verwandelt, darunter ganz neue Anlagen, wie das Kraftwerk Moorburg bei Hamburg. Eine ganze Industrie, die Kernkraftwerke bauen und betreiben konnte, wurde in die Tonne getreten. Einst wunderschöne Landstriche wurden zu Industriebrachen verschandelt. Der mühsam aufgebaute Naturschutz von Wäldern, Vögeln und Meerestieren geschleift. Der Strompreis bricht jährlich immer neue Rekorde, jetzt sind wir bei Endverbraucherpreisen von durchschnittlich über 41 Cent/kWh angelangt. Für die jüngeren Leser unter uns: 1999 lag er bei 16,5 Cent/kWh. Die Industrie flüchtet oder „hört auf zu produzieren“.

So schließt denn das Fazit und der Ausblick des jüngsten Monitoring-Berichtes mit einem inhaltsschweren Satz, auf den wir ohne unsere bemitleidenswerte Ministerin für Wirtschaft und Energie niemals gekommen wären.

„Für das Gelingen der Energiewende sollten neben technischer und wirtschaftlicher Machbarkeit auch Fragen der Finanzierung, Regulierung und Risikominimierung in den Blick genommen werden...“.

Der Beitrag erschien zuerst bei ACHGUT hier